



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 29.09.2020, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Auswirkung der Corona-Pandemie  
- Bericht zum aktuellen Stand

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht zum aktuellen Stand durch EBM **Seigfried**, Herrn **Volle** (Fachbereich Feuerwehr und Bevölkerungsschutz), Frau **Schmetz** und Herrn **Wittmann** (Fachbereich Bildung und Familie) sowie Herrn **Henning** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen) anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die barrierefreie Beratungsstelle für Senioren vorgestellt worden sei. Die Pflegeberatung sei deutlich ausgebaut worden. Der Schwerpunkt bei der Ausrichtung der Seniorenarbeit sei das selbständige Leben im Alter zu Hause. Zentrale Angebote sollen gestärkt werden, und dort dezentral ergänzt werden, wo eine soziale Notwendigkeit vorhanden ist. Derzeit könne pandemiebedingt die klassische Arbeit nur sehr eingeschränkt erfolgen. EBM Seigfried eröffnet sodann die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf den Anstieg der Infektionszahlen und eine Durchtestung der Schulen ein. Sie sieht eine Überlastung beim Gesundheitsamt.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** wünscht Informationen zur Handhabung bei Geschwisterkindern. Weiter geht er auf die Schließung der Villa Ulmer ein. Der soziokulturelle Gedanke gehe verloren. Ihm sei wichtig, weiterhin einen Raum für etablierte Gruppen zur Verfügung zu stellen. Die gewachsenen Strukturen sollen erhalten und die Gruppen bestehen bleiben. Er sehe dies als städtische Aufgabe.

Stadtrat **Meyer** sieht die Schließung ebenso als bedauerlich an. Jedoch sei dies in der Gemeinderatsklausur und im Ausschuss beraten worden. Eine nun erfolgte öffentliche Aufforderung von Fraktionen an die Verwaltung sieht er als nicht angemessen an. Es handle sich um geschlossene Gruppen und die Örtlichkeit sei problematisch gewesen. Es gebe ebenso die Möglichkeit, in Vereinsheime sowie privatwirtschaftliche Einrichtungen auszuweichen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, das angesichts der angespannten Haushaltssituation jede Maßnahme auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Die Unterstützung des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements liege im Interesse der Stadt. Man versuche zu helfen, wo möglich. In der Seniorenarbeit stehe derzeit die Hilfe für Menschen, die unmittelbare Unterstützung benötigen, an oberster Stelle. Hier sehe er einige Gruppen nicht und geht auf die Möglichkeit der Selbstorganisation ein. Die Verwaltung habe sich bemüht, angemessene

Ersatzräumlichkeiten zu finden.

Stadträtin **Moersch** dankt der Verwaltung für deren Leistung und der Bevölkerung für die Disziplin während der Pandemie. Persönlich geht sie auf die Villa Ulmer ein. Viele Gruppierungen fanden hier eine Anlaufstelle. Geselligkeit sei ein kostbares Geschenk und solle erhalten werden. Trotz der finanziellen Lage solle diesen Gruppen geholfen werden.

Die Seniorenarbeit solle nicht an Räumlichkeiten festgemacht werden, sondern müsse unterstützt werden, meint Stadtrat **Heer**. Er spricht die Möglichkeit in Vereinsräumen oder Schulen an und zeigt sich zuversichtlich.

Stadträtin **Wiedmann** erkundigt sich nach der Querdenker-Demo und will wissen, wie diese abgelaufen sei.

EBM **Seigfried** geht auf die offenen Fragen ein und teilt mit, dass das Ordnungsamt die Genehmigungsbehörde der Demonstration sei. Details über Verstöße oder Vorkommnisse seien ihm nicht bekannt. Bei Verstößen gegen Auflagen werde dagegen vorgegangen. Weiter geht er auf das Thema Testungen ein. Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das Angebot der vorsorglichen Testung bisher wenig angenommen. Lobend erwähnt er die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im pädagogischen Bereich. Zudem nimmt er aus der Diskussion zu den Seniorenangeboten mit, dass der Wunsch auf Hilfe und Unterstützung nach Ersatzangeboten für die Gruppen bestehe.

Stadträtin **Dr. Klünder** geht auf die vierzehntägige Quarantänebestimmung ein und will wissen, ob die Schule nach einem negativen Testergebnis wieder besucht werden könne. Sie hofft auf eine baldige Möglichkeit einer Schnelltestung.

Frau **Schmetz** geht auf die Fragen zu ein. Sobald Verdachtsfälle negativ seien, könne die Schule wieder besucht werden. Bei einer Gruppenquarantäne müsse für diese Situation entschieden werden.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Regelung und Anordnung das Gesundheitsamt treffe. Die Abgrenzung in den Schulen werde individuell mit dem Gesundheitsamt abgewogen.

TOP 2                      Demographiebericht

---

TOP 2.1                    - Einführung in den Demographiebericht  
(mündlicher Bericht)

---

### **Beratungsverlauf:**

Es erfolgt eine Einführung durch Frau **Dembélé** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie stellt die Statistikstelle und deren Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung vor und erläutert den Demographiebericht. Sie geht im Einzelnen auf die Entwicklung bei der Wohnbevölkerung und den Wanderungssalden getrennt nach Stadtteilen und Altersgruppen ein.

Das Gremium nimmt von der Vorstellung Kenntnis.

**Beschluss:**

1. Den neuen Zielvorgaben für die Versorgungsquoten wird zugestimmt.
- 1.1 Diese betragen für die U3-Betreuung in den Jahren 2020: 41%, 2021: 42%, 2022: 43%, 2023: 44%, und ab dem Jahr 2024: 45%.
- 1.2 Für die Ü3-Betreuung beträgt die Zielvorgabe für die Versorgungsquote ab dem Jahr 2020: 105%.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Brändle** (Fachbereich Bildung und Familie) führt weiter aus und konkretisiert die Bedarfsplanung anhand der Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht er auf die Betreuungsquote für jeden Stadtteil und den Ausbau der U3-Plätze der vergangenen Jahre ein. Er zeigt die Handlungsbedarfe im Ü3-Bereich nach Stadtteilen in den kommenden Jahren auf.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** geht auf die Geburtenentwicklung ein und fragt nach, ob coronabedingt zurückgestellte Eingewöhnungszeiten berücksichtigt seien. Zudem will sie wissen, ob auch die Tageseltern bei der Kinderbetreuung berücksichtigt seien. Außerdem wünscht sie mehr Information zu den Zeitmodellen und Wahlmöglichkeiten für die Eltern.

Besondere Bedarfslücken gebe es im Osten der Stadt, so Stadtrat **Meyer**; er signalisiert seine Zustimmung. Größere Baumaßnahmen sollten eingerechnet werden. Der Bedarf sei gegeben und die Stadt sei verpflichtet, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Form der Betreuung solle eine Entscheidung der Eltern sein. Er wünscht mehr Information zur Situation der Betreuungskräfte und zur Mitfinanzierung der Nachbarkommunen hinsichtlich der Einpendler. Eine dringliche Bedarfslücke im Bereich Eglosheim sehe er nicht und geht auf den Neubau der Schubartschule ein. Aus wirtschaftlichen Gründen sollte diese Baumaßnahme für einen späteren Bau einer Kitagruppe ausgelegt werden.

Mit den Prognosen sei man richtig gelegen, merkt Stadträtin **Moersch** an. Ein gutes Betreuungsangebot sei für Familien zum Teil entscheidend für die Planung weiterer Kinder. Man müsse ein entsprechendes Angebot bereitstellen und sie werde der Vorlage zustimmen.

Kinderbetreuung sei wichtig, fügt Stadträtin **Metzger** hinzu, dies habe die Coronapandemie gezeigt. Die Zielvorgaben seien sinnvoll. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Sie weist auf die Verrentungswelle und die Altersstruktur der momentanen Erzieherinnen und Erzieher hin.

Die demographische Entwicklung habe ihre Auswirkungen auf die Kitabedarfsplanung, so Stadtrat

**Heer.** Der Rechtsanspruch könne nicht komplett gedeckt werden. Hier klaffe eine Lücke zwischen Bedarf und Angebot. Diese Lücke müsse geschlossen und entsprechende Fachkräfte gewonnen werden. Zum Finanzbedarf für den Bau von Einrichtungen und zum Personalbedarf wünscht er mehr Information.

EBM **Seigfried** geht auf das Thema Prognosen ein. Man analysiere mit der städtischen Statistikstelle weit über das statistische Landesamt hinaus. Eine Verschiebung des Wohnungsbaus mache eine kleinräumige Prognose kritisch. Die Bestandsbevölkerung lasse sich gleichwohl gut einschätzen.

Frau **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die coronabedingten Aufnahmeverzögerungen seien vorhanden, hätten aber auf die Statistik und Prognose keine Auswirkung. Mit einem verkürzten Aufnahmeverfahren versuche man dies aufzufangen, jedoch hänge dies auch vom weiteren Pandemieverlauf ab. Bei der Tagespflege seien auch die Tageseltern eingerechnet. Weiter geht sie auf die Flexibilität der Einrichtungen ein. Hier müsse auch betriebswirtschaftlich gedacht werden. Eine Änderung der Bedarfsplanung erfolge im Juli nach Abfrage bei den Eltern.

Herr **Wittmann** geht auf die Frage der Mitfinanzierung der Kommunen ein. Für Ludwigsburg bestehe keine Möglichkeit, da die erforderliche Anzahl nicht erreicht sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** interessieren die Zahlen zu den pandemiebedingten Auswirkungen auf die Sozialstruktur. Dies müsse bei der Haushaltsaufstellung und bei der weiteren Organisation berücksichtigt werden, beispielhaft nennt sie die Kitagebühren.

EBM **Seigfried** teilt mit, dass den Behörden noch keine signifikanten Daten zu Pandemieauswirkungen vorliegen. Daten zur Kurzarbeit gebe es nur zu den Anträgen. Sobald Daten vorlägen, würden diese vonseiten der Stadt verarbeitet. Er stellt die Vorlage Nr. 041/20 zur Abstimmung.

TOP 2.3                      - Auswirkungen der Demographieentwicklung auf  
die Schulentwicklungsplanung  
(mündlicher Bericht)

---

### **Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch Herrn **Wittmann** (Fachbereich Bildung und Familie) anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. In der Neuordnung der Grundschulbezirke gehe es vor allem um die Schülerzuweisung aus der Südstadt und des Schulbezirks Oststadt.

**Beschluss:****Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

1. Dem Raumprogramm nach Anlage 1 zur Erweiterung der Grundschule Schubartschule zur 3-Zügigkeit wird zugestimmt.

**Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des unter Ziffer 1 beschlossenen Raumprogramms eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die **Erweiterung und dem Ausbau der Schubartschule** zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Herr Wittmann (Fachbereich Bildung und Familie) erläutert in Bezug auf die Erweiterung der Schubartschule in Eglosheim einleitend, dass nun die Option eines Solitär anstatt eines Anbaus verfolgt werde. Gemeinsam mit dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft und der Schule sei man im Austausch über die Verortung auf dem Schulgelände.

Es gehe heute um den Planungsauftrag für die Schubartschule, so EBM **Seigfried** und eröffnet die Aussprache.

Die nun favorisierte Erweiterung ohne die Sanierung der Mensa sei schmerzlich, meint Stadtrat **Bauer**. Unter dem Finanzvorbehalt und Berücksichtigung des Klimaschutzes könne er der Vorlage zustimmen. Er bittet darum, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften Informationen zum Zustand der Bausubstanz des Bestandsgebäudes zu geben.

Die vorgestellte Alternative sei ein notwendiger, wenn auch schwieriger Kompromiss, so Stadtrat **Meyer**. Weiter geht er auf das Raumprogramm und die zugrundeliegenden Landes-Richtlinien sowie eventuelle Überschreitungen ein. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Dengel** vertraut der Verwaltung hinsichtlich einer bestmöglichen Umsetzung.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** kritisiert bezugnehmend auf TOP 2.3 den weiten Schulweg im Osten und wünscht einen anderen Zuschnitt der Schulbezirke. Hierdurch provoziere man einen Hol- und Bringverkehr. Grundsätzlich sei aber die Idee richtig. Für die Entscheidung zur Schubartschule in Eglosheim sei der Zeitpunkt sehr unglücklich. Die Mensa im Keller sei keine gute Perspektive. Die Entscheidung sollte zugunsten einer seriösen Einordnung im Gesamthaushalt geschoben werden. Durch die Beschlüsse wecke man Erwartungen.

Stadtrat **Heer** wird der Vorlage zustimmen. Der Umbau sei längst überfällig. Es bestehe ein akuter Handlungsbedarf. Nicht der Ort der Mensa, sondern ein gutes Essen sei ausschlaggebend.

Stadträtin **Schmidt** wird dem Raumprogramm der Schubartschule ebenso zustimmen. Eine nicht behindertengerechte Mensa sei jedoch nicht zeitgemäß. Sie hofft auf eine bessere Gestaltung.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass heute ein Planungsauftrag erteilt werde. In den Haushaltsberatungen werde festgelegt, ob die Mittel bereitgestellt werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht den allgemeinen Schulentwicklungsplan an und will wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler aus Nachbarkommunen einpendeln.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage Nr. 262/20 abstimmen.

Im Nachgang geht EBM **Seigfried** auf die Frage von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit zum Schulentwicklungsplan ein. Die Anzahl der auswärtigen Schülerinnen und Schüler habe bei 14,2 % für das Jahr 2019 gelegen. Der Schwerpunkt liege bei den Gymnasien. Im Jahr 2019 lag dort der Wert bei 26,2 %, entsprechend seien dies 929 Schülerinnen und Schüler. Der Schulstandort Ludwigsburg werde zukünftig weniger auswärtige Schüler aufnehmen können. Einige Ludwigsburger Schülerinnen und Schüler besuchen andere Schulstandorte, merkt EBM Seigfried an. Weiter teilt er mit, dass die Schlösslesfeldschule als Stützpunktschule für den Ganzttag auserkoren worden sei.

TOP 3

Turnverein Pflugfelden 1907 e. V. - Zuschuss  
Wasserschaden im Vereinsheim

Vorl.Nr. 271/20

---

### **Beschluss:**

Der Turnverein Pflugfelden 1907 e. V. erhält für die Sanierung des Wasserschadens in der Küche seines Vereinsheimes einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 30.000 €.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer

### **Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach, ob die Vereine ihren Versicherungsschutz überprüft haben.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) merkt an, dass der betroffene Verein seinen Versicherungsschutz auf den aktuellen Stand gebracht habe. Die Vereine werden über verschiedene Kanäle auf das Thema Versicherungen hingewiesen.

EBM **Seigfried** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht durch Herrn **Dahler** (Fachbereich Sport und Gesundheit). Er geht auf den Haushaltsantrag 483/19 ein, der zwar abgelehnt worden sei, aber nochmals aufgearbeitet und erneut zum Haushalt 2021 vorgelegt werden sollte. Es gebe freistehende und leitungsgebundene Wasserspender. Die Wartungsmöglichkeit sei wichtig. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt sei ein Hinweisschild auf Trinkwasser direkt an den dafür infrage kommenden Wasserhähnen möglich. Somit könne Wasser direkt aus der Leitung gezapft werden. Die Hähne werden dementsprechend gestaltet. Die Wasserqualität sei gut, jedoch müssten die Leitungen regelmäßig durchgespült werden. Im Teilhaushalt werden keine zusätzlichen Kosten für Wasserspender eingestellt.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** zeigt sich erfreut zu dieser überfälligen Maßnahme. Diese diene auch der Müllvermeidung. Sie stimmt gerne zu.

Stadträtin **Dr. Klünder** lobt die pragmatische Lösung angesichts der angespannten Haushaltslage. Sie geht auf die Problematik des Standwassers in den Leitungen ein. Es werde nicht permanent aus der gleichen Leitung getrunken, somit sei es eher unproblematisch. Sie fragt nach, ob grundsätzlich an allen Schulen und Sporthallen diese Maßnahme möglich sei. Sie wünscht nähere Information zu den geplanten öffentlichen Trinkbrunnen im Stadtgebiet.

Die Lösung sei pragmatisch und sinnvoll, merkt Stadtrat **Prof. von Stackelberg** an. Eine sukzessive Umrüstung der Wasserhähne sollte erfolgen. Die Maßnahme solle mit einer öffentlichen Kampagne beworben werden.

Stadtrat **Heer** weist auf den Antrag der FDP hin und freut sich über die Zustimmung. Man vermeide mit dieser kleinen Maßnahme Plastikmüll. Das Leitungswasser habe in Ludwigsburg Trinkqualität. Die Hähne müssen gegebenenfalls neugestaltet werden. Er hofft auf rege Inanspruchnahme und sieht hierin ein Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Die Lösung sei kostengünstig und umweltfreundlich.

Herr **Dahler** geht auf die offenen Fragen ein und teilt mit, dass momentan diese Maßnahme lediglich bei Neubauten und Sanierungen vorgesehen sei.

EBM **Seigfried** geht auf die öffentlichen Trinkbrunnen ein. Eine Förderzusage liege vor, jedoch verbunden mit einem Kostenanteil der Stadt. Eine komplette Refinanzierung werde angestrebt. Er stellt abschließend die Zustimmung des Gremiums zum angestrebten Vorgehen fest.

**Beschluss:**

Zur Verbesserung der Versorgung durch Hebammen beteiligt sich die Stadt Ludwigsburg am Konzept des Landkreises und stellt dafür auf fünf Jahre jährlich 10.000,- € zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Dahler** (Fachbereich Sport und Gesundheit) informiert zum Thema und geht auf die Vorlage ein. Gemeinsam mit den Hebammen sei man in einen Prozess gegen den Hebammenmangel eingestiegen. Es sei eine Hebammensprechstunde eingerichtet worden. Verschiedene Maßnahmen für eine Verbesserung seien erörtert worden. Gemeinsam mit dem Landkreis habe man ein Konzept entwickelt. Der Landkreis habe das Interesse bei den Kommunen abgefragt und einen Beschluss gefasst. Für Ludwigsburg gebe es eine Absichtserklärung zweier Hebammen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Die Arbeit der Hebammen sei eine wichtige Starthilfe für Familien, so Stadträtin **Wiedmann** Sie hofft, dass durch diese Initiative die angestrebten Ziele erreicht werden und wird der Vorlage gerne zustimmen.

Das Insistieren beim Landkreis habe sich gelohnt, merkt Stadtrat **Meyer** an. Insgesamt gebe es im Kreis einen deutlichen Fortschritt und er wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** geht auf die Problematik der Hebammen ein. Die Schwierigkeiten seien hausgemacht. Der Beruf solle gefördert und unterstützt werden. Die Familien und Mütter brauchen die Begleitung und den Rat einer Hebamme, so Moersch. Ihre Fraktion wird ebenso zustimmen.

Die gemeinsame Initiative komme vielen Kommunen zugute und sie hofft auf weitere Nachahmer, fügt Stadträtin **Metzger** hinzu und signalisiert ihre Zustimmung.

Stadtrat **Heer** lobt das gute Konzept von Landkreis und Kommunen. Er findet den Standort gut. Für Familien sei dies eine gute Stütze und Hilfe. Er hoffe auf ein gutes Projekt und stimmt gerne zu.

Der Hebammenmangel sei enorm, merkt Stadträtin **Schmidt** an. Die Initiative der Stadt löse das Problem nicht gänzlich, sei aber ein kleiner Beitrag zur Verbesserung.

EBM **Seigfried** lässt nach der Aussprache über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Dem Betriebsübergang des Mensapersonals am Bildungszentrum West vom Sportinternat Ludwigsburg gGmbH zur Stadt Ludwigsburg zum 01.01.2021 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, stellt EBM **Seigfried** die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Elternbeiträge der Eltern von vulnerablen Kindern oder von Kindern mit vulnerablen Haushaltsangehörigen werden bei Nichtinanspruchnahme des Betreuungsangebots und der Vorlage eines medizinischen Attests den privat-gewerblichen Trägern im Zeitraum 01.07.2020 bis 31.12.2020 erstattet. Bei Verlängerung der Corona-Verordnung, verlängert sich die Erstattungsmöglichkeit auf den Zeitraum der Folgeverordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** gibt die getroffene Eilentscheidung öffentlich bekannt. Hierfür verliest er den Wortlaut der Eilentscheidung.

Im Anschluss beendet er den öffentlichen Teil der Sitzung.